

die Entfaltung Deutschlands zu einer nie geahnten Vollkommenheit gediehen. Diese Bestrebungen waren auch zu Bismarcks Zeit schon vorhanden; er hat es einmal ausgesprochen, es müsse verhindert werden, daß wir mehreren und überlegenen Großmächten gleichzeitig gegenüberstehen würden, Sozialisten, denen unsere militärische Macht nicht gegenüber wäre. Und er hat es fertig gebracht, indem er die Gegner trennte und die immer irgendwo bestehende Feindschaft gegeneinander lenkte. Er schuf ein Bündnisbündel, das in seiner Stimmigkeit zu überwiegen wohl nur einer Staatsmacht wie der Bismarcks gelangte konnte. Das Bündnis mit Österreich-Ungarn war der erste Schritt, dessen Folge, obwohl nur scheinbar ganz weinige Interessen für Deutschland und Italien gemeinsam waren. Die nie überwindbare Feindschaft Frankreichs war hier maßgebend, und indem er Italien schon damals auf Tripolis lenkte, setzte er ihm den Gegenfuß zu Frankreich, das seinen Weltberwerb in Nordafrika bilden konnte. Das beständige Ziel Bismarcks war der Abschluß des Rückversicherungsvertrages mit Rußland. Die Möglichkeit, daß die baltischen Interessen dominierende Stellung im Bündnis erlangen könnten, wurde damit ausgeschlossen und eine neue Europa möglich. Die Interessen der Interessengebiete Österreichs und Italiens auf dem Balkan durchführte. Die sich vor allem in der Balkanfrage offenbarende Feindschaft zwischen Rußland und England blieb unberührt und konnte sich ungehindert weiter entwickeln, aber das allerwichtigste am dem Rückversicherungsvertrage war die Unmöglichkeit eines Zusammenstoßes zwischen Rußland und Italien. Sobald Caprioli den Vertrag geschlossen hatte, wurde die Gefahr eines hochtrourenkriegerischen Anstoßes durch das Bismarcksche Bündnisbündel war das Bewußtsein der Großmächte stabilisiert und die fidele Friedensgarantie gegeben. Wenn das oberste Ziel eines Bismarcks das ist, den Frieden zu erhalten, so war die von Bismarck geschlossene Konstellation der wahre Völkerbund. Keine langen Verträge mit tausenden Bestimmungen, die jeder nach seinen Wünschen auslegt oder über die er sich fast unendlich lang hinwegsetzt, hat es denn bedurft, aber Europa vor doch das Bild einer wirklichen Völkerfamilie. Kritik geleistet und im Ganzen gehalten von einem Meister, der nach menschlichen Grundgesetzen, dem Grundgesetz der absoluten Feindschaft aller gegen alle, vorging und trotzdem den Boden des Rechtes nicht verließ. Und heute nach dem vorläufigen Ende des Weltkrieges? Da steht man wieder im Augenblick der Vorherrschaft; die beiden Seemächte England und Amerika sind in den Kampf eingetreten, während Japan noch drohend im Hintergrund steht; und auf dem Festland toben sich unbehindert die Herrschaftsansprüche der Franzosen aus. Dabei hat die französische Politik von Richelieu und Louis XIV. an bis zu Napoleon III. und ihren gegenwärtigen Manieren nach der richtigen Erkenntnis gebandelt, daß das Heberische Frankreich in erster Linie auf der französischen Herrschaft Deutschlands hundert ist. Daher kommen immer wieder die Verträge, Süd und Nord gegeneinander auszusprechen, Teile im Osten abzumitteln und die Abteilungen zu trennen. Daher auch bemüht man sich, die Zollgrenze am Rhein zu errichten, man weiß, daß die wirtschaftlichen Erfolge keine Rechtfertigung dieser Maßnahme bilden, aber daß sie ein gewichtiger Schritt ist auf dem Wege, das Reich gänzlich zum Verfall zu bringen. Und keiner, der diesem Beginnen in die Arme zu fallen wagt!

Keiner unter denen die auf deutschen Winterfeldern leben, der es fertig bringt, trotz und trotz der sich gleichmäßig und auch anfallenden Schwierigkeiten eine dauernde deutsche Politik, ausgehend vom Rechten und nicht vom vermeintlichen Ideen von Völkerpolitik und Sozialismus, in Angriff zu nehmen. Ein leibhaftig vor allem: Verantwortungsfreiheit! Allerdings, das parlamentarische System ist wenig geeignet, ein fruchtbares Verantwortungsbeußtsein heranzuzüchten; das kann jedoch seine Entschuldigungen, sondern nur eine Weisheitslehre sein. Zwar haben wir aus den letzten Wochen ein Beispiel von einem deutschen Minister, der sich nicht scheute, eine riesengroße Verantwortung auf seine Schultern zu nehmen; das war Dr. Stinnes, der aus mehr oder weniger eigener Weisheit seine neuen Vorlesungen dem Reichsbund in London unterbreitete. Nur daß das was für die Minister die Verantwortung tragen wollte, erst recht deutlich zum Vorschein kam. Auch hier wieder sollten sich die Vertreter der deutschen Politik Bismarcks erinnern der oft in der Wahl seines Weges schroff von der öffentlichen Meinung und der Stimmungslage im Parlament abwich. Inzwischen unabhägigen Klagen im Kampf gegen alle möglichen Entschuldigungen und Überstände schritt er hart, aber freudig im Bewußtsein seiner Verantwortung dem als richtig erkannten Ziele entgegen. Solche aber auch nur solche Männer brauchen wir heute in der Zeit dieser schmerzhaften Erniedrigung und störrischen Unbeherrschung. Ein Genie kann wohl keine erreichen, aber er kann den Faden zu gewinnen tragen zu seinem Ziele. Rückkehr zu den Grundgedanken Bismarckscher Politik! Das muß die Voraussetzung am Geburtstags des ersten Kaisers, und hinter den Männern, die das zu unternehmen sich getrauen, muß und wird dann das ganze Volk stehen, eine zusammenhängende gegen den Feind, im Herzen den Wahlspruch seines Bräutigams: Patrie, inserviendo consumor — In Frieden für das Vaterland versetze ich mich!

### Die Lage in Oberschlesien.

Breslau, 30. März. In der letzten Woge ist, nachdem der Kreis Leutchen von schottischen Truppen besetzt worden ist, größere Ruhe und Ordnung eingetreten. Als das erste Besatzungsbande in den Kreis kam, wurde es sofort von der polnischen Bande die auch in stark die Banden erwidern hatte, angegriffen. Dabei kam es zu einem kurzen Gefechte, in dem die Verbrecher teils erschossen, teils gefangen wurden. (Z.)

### Nachträgliche Zoneneinteilung Oberschlesiens.

Breslau, 31. März. Wie der „Oberösterreich. Kurier“ meldet, hat die Nachprüfung des Abkommensergebnisses durch die Interalliierte Kommission zur Zurückweisung der vorgeschlagenen Verhandlungen geführt. Der Gesamtbericht der Interalliierten Kommission wird angeblich das Abkommensergebnis in eine rein polnische, eine rein deutsche und eine gemischte nationale Zone zerlegen. Sollte dies der Fall sein, so ist schon jetzt zu sagen, daß es eine rein polnische Zone tatsächlich nicht gibt, es sei denn, daß man den ganz kleinen östlichen Grenzstreifen des Landesgebietes gutwünscht und die daran anschließende Nordostecke des Reiches Belgisch nennen wollte.

### Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Konstantinopel, 30. März. Der anatolische Kriegsbereich von 24. März meldet, daß auf der Front von Brussa sämtliche Angriffe der Griechen abgewiesen wurden und daß die kemalistischen Gegenangriffe die Griechen zwangen, sich aus ihre Ausgangsstellungen zurückzuziehen. Von der Front bei Jemis werden nur Patrouillenunternehmungen gemeldet. Die Nationalversammlung in Ankara hat beschlossen, sofort die drei Jahrgänge 1911, 1912 und 1913 und sämtliche Offiziere zu den Waffen zu rufen.

### Ein neuer griechischer Waffenbesuch.

London, 31. März. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel die Entnahme von Gift-Geschütz durch die griechischen Truppen. (Z. B.)

### Ein abgekartetes Spiel?

Besitz, 31. März. Von diplomatischer Seite wird der „Nat.-Ztg.“ mitgeteilt, daß in Ungarn die in Ungarn entfallende Situation als eine Wendung zum Bürgerkrieg aufzufassen. Die Rückkehr König Karls in seine Heimatstadt entzündet sich immer mehr und mehr als ein abgekartetes Spiel zwischen Karl, Frankreich und dem Reichsverweser Horthy. Frankreich lasse vermutlich der ungarischen Regierung gegenüber seinen Standpunkt wie folgt erklären: Prinzipiell habe Frankreich gegen Karl nicht einzuwenden. Es will nur jede kriegerische Verwicklung zwischen den Nachfolgestaaten und Ungarn vermeiden. Aus diesem Grunde kann es nicht offen seine Zustimmung zu dem Staatsstreich geben. Sollte aber ein solches geschehen, so müßte damit eine völlig neue Lage geschaffen, und die französische Regierung würde sich dann ihre Entscheidung vorbehalten müssen.

Es ist bereits festgestellt, daß Kaiser Karl mit einem englischen Pächter unter dem Namen William Wood, als Jäger verkleidet und mit einer Autovilla, gefahren ist. An der österreichisch-ungarischen Grenze hat ihn ein Wächter entdeckt und gefangen, ohne ihn zu erkennen. Im Gegensatz hierzu steht eine Meldung aus Wien, die besagt, daß die Wiener Ententevertreter mit Unterstützung der Verbände zurückgewiesen, die behaupten, daß sie von den Plänen Karls Kenntnis hätten. Der französische Vertreter in Budapest hätte als Erster gegen die Einreise Karls protestiert.

Paris, 31. März. Die Pariser Presse beschäftigt sich eingehend mit den Verufen, den früheren Kaiser Karls in den ungarischen Thron besetzen zu lassen. Seit Parisien sagt: Zwei Umstände hätten den Wählerfolg herbeigeführt. Einmal wäre es, daß in Ungarn die Anhänger der Wiederherstellung der Monarchie nicht so zahlreich und so entschlossen seien, wie man vor einigen Monaten hätte annehmen können. Alsdann hätte man bedenken müssen, daß die Großmächte, die den Friedensvertrag von Trianon unterzeichneten, und die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns gewisse Abkommen untereinander getroffen hätten, sich einer monarchistischen Aufstellung entgegenzusetzen. Es ist aber nicht zweifelhaft, daß sich die Ereignisse nicht hätten vollziehen können, wenn nicht gewisse tendenziöse Berichte den Wäubern zu bestärken vermochten. Die französische Regierung sei der Rückkehr des entthronten Königs nicht ungünstig gesinnt.

„Das de Paris“ ist der Ansicht, daß der Zwischenfall infolge Folgen nach sich ziehen werde, als die Aussichten für die Wiederaufrichtung der Monarchie heute schlechter ständen als gestern. Man müßte aber die öffentliche Aufmerksamkeit infolge dieses Vorganges auf die ungarischen Angelegenheiten lenken. Der Friedensvertrag von Trianon sei noch nicht ratifiziert. Seit einem Jahre seien die abenteuerlichsten Unternehmungen nach verschiedenen Richtungen hin in Ungarn ins Werk gesetzt worden. Die Südslawen hätten noch gewisse Gebietsteile besetzt, die ihnen der Frieden mit Italien nicht zugehörte. Man müßte mit alledem ein Ende machen und Entschlüsse fassen. Der „Gaulois“ schreibt: Wenn eine monarchistische Wiederaufrichtung in Ungarn erfolge, dann sei die Gefahr vorhanden, daß das ehemalige Königreich in einen neuen Versuch wieder erbe. Damit werde Serbien seine Eroberungen verlieren. Die Tschado-Slowakei verhandeln und Italien werde sich auch nur einem gefährlichen Gegner gegenüber befinden. (Z. B.)

### Einberufung der ungarischen Nationalversammlung.

Budapest, 31. März. Die Nationalversammlung ist nach dem Wunsch der Oberkriegen auf Wunsch der Abgeordneten für den 1. April einberufen worden. (Z. B.)

Wien, 31. März. Wie die „Politische Korrespondenz“ erfährt, teilte der reichsdeutsche Regierung Schwere zurück. Nach Mitteilung scheinlich, daß Exkon-Vertraut der magyarischen Nationalversammlung

### Wie es in Kuris „Ausweg“ aussieht.

Wien, 31. März. Eine aus Steinsamanger hier eingetroffene Persönlichkeit erzählt über die Vorgänge in Ungarn folgendes: Heute vormittag habe ich Steinsamanger passiert. Der Bahnhof war voller Soldaten und Gewandarmen. Wir durften den Bahnhof nicht verlassen. Die Straße, die zum Bahnhof führt, prägte im Stauenschlund. Der Eintritt in die Stadt war fast unmöglich. Steinsamanger gleich einer Stadt, über die das Staudrecht verhängt wurde. Überall sah man bewaffnete Patrouillen. Durch die Befestigung wurde die Bevölkerung erst darauf aufmerksam gemacht, welcher Gefahr sich innerhalb der Mauern der Stadt befand. Ein jährliches Militärangebot war vor dem bühnenhaften Aufmarsch aufgestellt. Am Montag fand eine von radikaler Demonstration vor dem bühnenhaften Gebäude statt. Die Einwohner von Steinsamanger sind nicht in der Lage, mit der Außenwelt in Verbindung zu treten, da das Telefon ausgeschaltet und die Post- und Telegrammämter von Militär besetzt sind. Es geht das Gerücht um, daß Oberst Pekar mit allen seinen Truppen dem König den Treueid geleistet habe.

Wien, 31. März. Es ist Tatsache, daß gestern Abend unter Glockengeläut in Steinsamanger die Truppen die Militärdiktatur ausgerufen haben und daß die Truppen des Obersten Pekar auf König Karl vereidigt worden sind. Abends hat auch eine Illumination stattgefunden. Die ganze Stadt Steinsamanger ist festlich beflaggt.

### Ein politisches Exposé Karls.

Wien, 31. März. In hiesigen diplomatischen Kreisen wird mitgeteilt: Aus Grund der letzten Nachrichten ist die Situation viel ernster aufzufassen als bisher. Die Wiener Entente diplomaten sind der Meinung, daß der Aufenthalt Karls in Steinsamanger noch zu schweren Komplikationen Anlaß geben könne. Wie zuverlässig verläßt, hat König Karl in Steinsamanger vor den dortigen leitenden Persönlichkeiten ein politisches Exposé entwickelt. Er versicherte, daß das Eingreifen der Regierungsgewalt durch den Gestalt für Ungarn keineswegs die Folgen haben werde, die von vielen Seiten befürchtet würden. Der Kaiser meinte, daß auch die Erörungen der kleinen Ententestaaten, Ungarn mit Krieg zu überziehen, nicht verwirklicht würden, und ist auch der Ansicht, daß die große Entente sich mit platonischen Protesten begnügen werde, wenn einmal eine Einheitsfront in der ungarischen Königfrage herrsche. Man brauche sich nur an die griechische Königfrage zu erinnern, um überzeugt zu sein, daß die große Entente keine Gewaltmaßnahmen gegen Ungarn in Anwendung bringen werde. Das Beispiel König Konstantins spreche für diese Auffassung.

Von jugoslawischer Seite wird erklärt, daß für den Fall, daß tatsächlich König Karl in Budapest den Thron besteigen würde, die Jugoslawen sofort Ungarn mit Krieg überziehen würden.

### Rücktritt des amerikanischen Botschafters in Tokio.

London, 31. März. Wie dem „Daily Telegraph“ aus Washington berichtet wird, hat der amerikanische Botschafter in Tokio Morris sein Amt zurückgetreten und eingereicht, das angenommen wurde. (Z. B.)

### Der „Höflichkeitensbesuch“ in Vionien.

Paris, 31. März. Wie David aus Washington meldet, hat es sich beim gestrigen Besuche Bionias nur um einen Höflichkeitensbesuch gehandelt. (Z. B.)

### Das Fortschreiten der Entwaffnung Deutschlands.

London, 30. März. Weiter meldet: In Rubrecht der Urkunden in verschiedenen Teilen Deutschlands seien die letzten Zahlen betr. das Fortschreiten der Entwaffnung Deutschlands von Interesse. Die Lieferung und Herstellung von Kriegsmaterial in der Zeit vom 24. Februar bis 24. März sei weiterhin auf 1000000 Stellen d. Es blieben nur noch 11000 Geschütze von Deutschland auszuliefern. Im vergangenen Monat seien 700 Geschütze ausgeliefert und zerstört worden. Damit sei die Zahl der bisher ausgelieferten Geschütze auf ungefähr 30000 gestiegen. An Maschinengewehren wurden noch 10700 ausgeliefert werden. Im letzten Monat wurden 6800 Maschinengewehre zerstört. Damit beträgt die Zahl der bisher zerstörten Maschinengewehre 67000. Außerdem wurden 205000 Gewehre und Karabiner im vergangenen Monat ausgeliefert und vernichtet, was die Gesamtzahl der bisher vernichteten auf 8250000 erhöht. Auszuliefern seien noch 200000 Gewehre. Die Herstellung der Festungen werde wohl nicht vor sechs Monaten beendet sein. Der einzige unbefriedigende Punkt sei, daß die Bewaffnung der Festungen Königsberg und Rastria noch nicht ausgeliefert sei.

Anmerkung des W. T. S.: Wenn auch die obige Darstellung im allgemeinen zutreffend ist, so ist doch hinzuzufügen, daß die Zahl der zerstörten Waffen durchweg zu niedrig angegeben ist. Am 31. Januar d. B. waren bereits tatsächlich 48000 Geschütze, 74000 Maschinengewehre und 4700000 Gewehre und Karabiner zerstört. Dabei sind die Zerstörungen gemäß den Waffenlieferungsbedingungen, d. h. 2500 leichte und 1200 schwere Geschütze, sowie 2888 Maschinengewehre nicht berücksichtigt. Was den einzigen unbefriedigenden Punkt anlangt, den weiter hervorhebt, die Bewaffnung von Königsberg und Rastria, so ist dazu zu bemerken, daß die Bewaffnung beider Festungen insgesamt nur 200 Geschütze beträgt. Die deutsche Regierung hat sich über den Reichshandpunkt in dieser Frage in ihrer Note an die Militärkontrollkommission geäußert.

### Selfisch über die Erfordernisse der Gegenwart.

München, 31. März. Anlässlich des Vortrages der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei) in Bayern fand eine Bismarck-Gesellschaft statt, die sich zu einer Impassanten nationalen Kundgebung gestaltete. Redner war der Reichstagsabgeordnete Dr. Helfferich, der in scharf umrissenen Zügen ein Bild von dem Reichstagsabgeordneten Bismarck im Gegensatz zu unseren Revolutionärsen entwarf, die nur die Wogen- und Vohfragen zum Hauptzweck gemacht hätten und Illusionen der Jugend- und Jugendpolitik seien. Helfferich hielt scharfe Abrechnungen mit Grabreden und zeigte dann Dr. Simons auf der Vondone Konferenz im einem Bild, das in Gegensatz zu dem Vertrauensvotum der Staatsregierung steht. Das erste moralische Werk, damit unsere Ehre erhalten bleibt, sei die Abrechnung der Schuld am Kriege, die wir unbedingt fordern müssen, denn mit ihr steht und fällt auch den Worten Hoch Geworbes der Versailles Friedensvertrag. Redner schloß: Wenn das freie Bekenntnis Oberklausens zum Deutlichkeit unter Gegenwart und Gesamtantritt des deutschen Volkes wird, dann geht es in Bismarcks Geiste mit uns wieder aufwärts.

### Der Fehlbetrag der Reichspost.

Wien, 31. März. In einer amtlichen Zeitschrift im österreichischen Postamt auf etwa 3 Milliarden geschätzt. Die Ursache dieses Fehlbetrages für 1920 liegt nicht in einem Zurückbleiben der Einnahmen, sondern in der außerordentlichen Steigerung der Ausgaben. Die persönlichen Ausgaben allein sind von rund 320 Millionen im Jahre 1918 auf 2420 Millionen im Jahre 1919 gestiegen. Eine ähnliche Steigerung erfahren die sachlichen Ausgaben, die sich von 211 Millionen im Jahre 1918 auf 1400 Millionen im Jahre 1920 erhöhten. Der Personalbestand ist in der gleichen Zeit von 256000 auf 385000 Köpfe gestiegen. Die Ausfälle auf Befestigung des Fehlbetrages werden als nicht befriedigend bezeichnet, da Bedenken gegen eine weitere Gebührenerhöhung bestehen. Das Höchstgewicht im Haushalt der Reichspost- und Telegraphenverwaltung sei erst nach einem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunge wieder hergestellt. (Z. B.)

### Folgen der „Sanktionen“ in Belgien.

Brüssel, 30. März. Die in der Kammer gedruckten Bedenken gegen die Belassung deutscher Waren sind bereits im Handel sichtbar. Die belgischen Fabriken, welche bisher mit der deutschen Konkurrenz zu rechnen konnten und demzufolge ihre Preise herabsetzen mußten, erhöhen ab 1. April ihre Preise wieder. Rohstofflieferanten der Eisen-, Stahl- und Glasindustrie haben sich entschlossen, die Exportpreise beizubehalten, dagegen die Inlandspreise zu erhöhen. Auch soll eine Erhöhung der Preise durchgeführt werden nach denjenigen Ländern, wo die deutschen Waren ebenfalls der neuen Belassung unterliegen.

### Verhandlungen der Alliierten mit Tschedien.

Prag, 31. März. (Tschedo-Slowakische Pressebureau.) In der Angelegenheit der Geltendmachung der „Sanktionen“ von Seiten der Tschedo-Slowakei gegen Deutschland finden zwischen der Tschedo-Slowakischen Regierung und den Alliierten seit einigen Tagen Verhandlungen statt. Weder die Tschedo-Slowakische Regierung noch die Alliierten haben jedoch bisher ihren definitiven Standpunkt kundgegeben. (Z. B.)

### Die Internationale und die Reparation.

Amsterdam, 31. März. Die morgen beginnende Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird außer der Reparation und den Sanktionen vornehmlich die Frage des Wiederaufbaues in Nordfrankreich und Belgien behandeln. Den verschiedenen Landesorganisationen war aufgetragen worden, einen Fachmann aus dem Berggewerbe als Sachverständigen zu delegieren. Aus Deutschland nehmen Bissell, Gramann und der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes Baeplov, für Frankreich Joubaux, Dumoulin, Merin und Verbil teil. Belgien wird durch de Blaminc, Grison, Bombard, Wertens und Solan vertreten sein. Von England ist bisher Thomas aus dem Ruhrgebiet, wo er eine Vorbefragung mit den Führern deutscher Gewerkschaften hatte, hier angekommen. (Z. B.)

### Ein drohender Bergarbeiterstreik in England.

London, 31. März. Bei der gestrigen Unterredung des Präsidenten des Handelsamtes Sir Robert Horne mit dem Volksgewerkschaftsrat der Bergarbeiter wurde dieser die Bitte um, der Staat möge mit der Unterbindung der Kohlenindustrie fortfahren, da diese nicht imstande sei, höhere Löhne zu zahlen, als es die gegenwärtigen Umstände gestatten. Horne erwiderte, es sei unmöglich, die anderen ohnehin schon bedrängten Industrien zu belassen, um die Mittel zur Unterbindung des Kohlenhandels zu beschaffen. Darauf erklärte die Abordnung: Die Bergarbeitervereinbarung werde am Donnerstag um Mitternacht alle Grubenarbeiter abberufen einschließlich derjenigen, welche die Pumpen und Maschinen bedienten. Horne richtete an den Volksgewerkschaftsrat das dringende Ersuchen, die Wirkung einer solchen Handlungsweise für die Bergarbeiter selbst und für das ganze Land erneut zu erwägen. Der Volksgewerkschaftsrat wird abermals zusammenzutreten. (Z. B.)